

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

27. Januar 1968 - 8 / II
Einzelpreis DM 0.75

MEHRHEITSWAHLRECHT: WEHNER WILL INFAS-CHEF "HÄNGEN SEHEN"

Die Auseinandersetzung um die Wahlrechtsfrage ist in der SPD in den Vordergrund getreten. Parteiführung und Ministerflügel der SPD, die sich dem CDU-Regierungspartner gegenüber schriftlich verpflichtet haben, in der eigenen Partei die Änderung des Wahlrechts durchzusetzen, geraten immer mehr in Rückstand. Einen völligen Meinungsumschwung hat in den Parteigliederungen vor allem die Studie des der SPD nahestehenden Instituts für angewandte Sozialwissenschaft in Bad Godesberg (infas) zugunsten der Beibehaltung des bisherigen Wahlrechts bewirkt (EXTRA-Dienst 6/II).

Der SPD-Bezirk Mittelrhein, der am vergangenen Wochenende tagte, hat dem Parteivorstand einen neuen Affront angetan: infas-Chef Klaus Liepelt wurde zum Delegierten beim Bundesparteitag in Nürnberg gewählt. Wie aus Kreisen von Gewerkschaftsjournalisten in Köln bekannt wird, reagierte Herbert Wehner auf die Wahl Liepelts mit einem hysterischen Ausbruch: "Den Kerl will ich hängen sehen, hängen! Noch vor dem Parteitag". Mit großer Mehrheit beschloß die mittelrheinische Parteiorganisation, die Wahlrechtsfrage auf die Tagesordnung des Nürnberger Parteitages zu setzen und nicht erst im Herbst einen außerordentlichen Parteitag über diese Frage entscheiden zu lassen. Die Genossen befürchten, daß dann Parteivorstand und Ministerflügel wieder mit vollendeten Tatsachen aufwarten würden. Die Meinung des Mittelrheins: Beibehaltung des Verhältniswahlrechts. Dieser Beschluß wurde am Sonntag gefaßt. Am Sonnabend hatte Minister Wehner die Delegierten wortreich beschworen, von solchen Beschlüssen abzulassen. Der Parteitag setzte sich mit einer Vierfünftel-Mehrheit über Wehners Einwände hinweg. Der Parteitag beschloß ferner, die SPD solle sich für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze einsetzen. Mit großer Mehrheit distanzierte sich die mittelrheinische Organisation auch vom ehemaligen SPD-Pressesprecher und derzeitigen Deutschlandfunk-Chefredakteur Franz Barsig. Barsig hatte in einem Rundfunk-Kommentar die Jungsozialisten, die in Mainz die DDR-Anerkennung gefordert hatten, des Verfassungsverrats beschuldigt. Der Bundesminister für Entwicklungshilfe, Wischniewski, vor dem Parteitag: "Ich bekenne mich mit vollem Herzen zu diesem Beschluß" (gegen Barsig). Barsig ist als Nachfolger Walter Steigners für den Posten des SFB-Intendanten in Westberlin im Gespräch.

SPD-FUNKTIONÄR WESEMANN: BND-AGENT IN PARIS ?

In Paris wurde aufmerksam die Nachricht der bürgerlichen hessischen Zeitung "Wiesbadener Kurier" vermerkt, wonach der derzeitige Informationsdirektor beim SPD-Parteivorstand in Bonn, Fried Wesemann, als Stellvertreter des neuen Chefs des Bundesnachrichtendienstes (BND), Wessel, im Gespräch sei. In der linkssozialistischen PSU nahe-

stehenden Kreisen in Paris wird nämlich derzeit eine Dokumentation über die Tätigkeit Wesemanns in Paris vorbereitet, wo er als Korrespondent von westdeutschen Rundfunkanstalten und Zeitungen tätig war. PSU-Kreise äußerten die Vermutung, Wesemann habe seine journalistische Tätigkeit nur zur "Abdeckung" benutzt. Von französischen Korrespondenten beim Parteivorstand der SPD - Pressestelle und Politisch-Parlamentarischer Pressedienst - veranlaßte Anfragen stießen auf eisiges Schweigen. In der "Baracke" wurde die Meldung aus Wiesbaden weder bestätigt noch dementiert.

EVANGELISCHE JUGEND: SKANDAL VERMIEDEN

Der vom Vorstand der Evangelischen Jugend Deutschlands (EJD) zum 31. März gekündigte ökumenische Referent, Pfarrer Konrad Lübbert, wird seine Tätigkeit fortsetzen können. Die am 8. Dezember ausgesprochene Kündigung wurde am 18. Januar 1968 zurückgenommen. Der Kündigungsgrund offiziell: Lübbert habe sein Büro und seine Stellung unerlaubterweise dem Aktionskomitee "Friede mit der DDR" zur Verfügung gestellt. Hinter diesem formalen Vorwurf verbarg sich die Absicht des EJD-Vorstandes, die Beteiligung der EJD an dem Aktionskomitee ganz zu torpedieren. Lübbert ist Mitverfasser einer Thesenreihe "Friede mit der DDR", die vom Aktionskomitee in diesen Tagen veröffentlicht werden soll.

Gegen die Kündigung protestierten u. a. der Präsident des Kirchlichen Außenamtes der EKD, Adolf Wischmann, die Aktion Sühnezeichen, der Weltkirchenrat in Genf, zahlreiche Bischöfe von Landeskirchen und Einzelpersonlichkeiten aus dem In- und Ausland. Gegen Lübbert hatten vor allem agitiert: Der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Dietzfelbinger und der Stuttgarter CDU-Bundestagsabgeordnete Dehringer.

"Im Vertrauen auf eine weitere gute Zusammenarbeit" wurde die Kündigung nun zurückgenommen. Die EJD wollte damit einem Arbeitsgerichtsprozeß und dem Bekanntwerden des Vorgangs in der Öffentlichkeit zuvorkommen.

SITZSTREIK: ANMELDUNG NICHT ERFORDERLICH

Ein Sitzstreik, bei dem die Teilnehmer sich völlig ruhig verhalten und nur mit Plakaten ihre Meinung bekunden, ist keine Versammlung im Sinne des Versammlungsgesetzes; er muß daher auch nicht bei der Polizei angemeldet werden. Das Landgericht Karlsruhe bestätigte jetzt mit dieser Entscheidung ein Urteil des Amtsgerichts Karlsruhe. Das Amtsgericht hatte es abgelehnt, gegen Mitglieder der "Antifaschistischen Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe" einen Strafbefehl wegen eines unangemeldeten Sitzstreiks zu erlassen. - Das Urteil ist wegen des für den 3. Februar vor der Griechischen Militärmission in Westberlin geplanten Sitzstreiks, der nicht angemeldet werden soll, von Bedeutung.

MAINZER KARNEVAL: DIE REAKTION MARSCHIERT

Am 23. Februar werden die Zuschauer des I. Fernsehprogramms eine Karnevalssendung sehen, in der sich das reaktionäre deutsche Spießbürgertum selbst darstellt. Die ohnehin schon rechts-orientierte Sendung "Mainz wie es singt und lacht" gibt sich in diesem Jahr als anti-progressive Orgie. Karl Mörle, Chef des "Mainzer Carneval-Vereins" (MCV), erklärte: "Wir haben dem Volk aufs Maul geschaut". Das gesunde Volksempfinden feiert daher Triumphe. Die sonst eher betulich reagierende amerikanische Nachrichtenagentur UPI kommentiert, nachdem sie das MCV-Programm besichtigen durfte: "Die Mainzer Fassenacht offenbart Rechtsdrall". Der Textdichter der "Mainzer Hofsänger" hat die Richtung gewiesen: Hippies, Dutschke, Kommunnarden und SDS-Leute werden als "Gammler und andere Spione" vorgeführt. Offenbar auf Einspruch des Fernsehens tritt der hauptberufliche Zahnarzt Dr. Scheu als "Bajazz mit der Laterne" im Fernsehprogramm nicht auf. Seine in diesem Jahr einstudierte Büttenrede ist eine einzige Schimpfkanonade gegen "Renitente mit bärtigem Gesicht" und empfiehlt, die rebellierenden Studenten zur Kur nach China zu schicken, wo die "Kohorten Maos" hausen. Mainzer Jux-Höhepunkt ist der Vers: "All, die ihr Bart nicht stutze, tun auch die Zähne nicht putze". Die im allgemeinen eher progressive Gegentruppe der "Hofsänger", die "Gonsbacher-

chen" aus dem Arbeitervorort gleichen Namens, treten aus eigenem Antrieb in dieser Sendung nicht auf: Sie sind zum Karnevalsprogramm des ZDF übergewechselt, das am 16. Februar unter dem Motto "Mainz bleibt Mainz" ausgestrahlt wird.

SPD SCHÖNEBERG: GELD FÜR JUSOS GESPERRT

Die Schöneberger Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die einem Beschluß des Kreisvorstandes nach die Jungsozialistenarbeit in diesem Westberliner Bezirk durch Abgaben von ihren Diäten unterstützen sollten, haben in einer schriftlich überreichten "Note" den Jusos mitgeteilt, daß Geld nicht mehr fließen werde.

Grund: "Die derzeitige Verhaltensweise läßt es unserer Meinung nach nicht zu, ihnen finanzielle Zuwendungen zu machen, über die sie nach freiem Belieben verfügen können. Solange die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten Tendenzen fördert, die nicht im Sinne der Partei liegen, Referenten bestellt, deren Auffassungen der demokratischen Grundordnung diametral entgegengesetzt sind und die Tätigkeit des von der Kreisdelegiertenversammlung ordnungsgemäß gewählten Kreisbeisitzers für Jugendarbeit planmäßig sabotiert, kann sie nicht erwarten, dafür noch honoriert zu werden". Unterzeichnet ist der Brief u. a. von Hans-Joachim Kenneweg, Ilse Roschanski und Gerhard Beier.

Die Schöneberger Jusos hatten Referenten eingeladen, die der Außerparlamentarischen Opposition nahestehen und den Kreisbeisitzer wegen seines extremen und mit dem Mitgliederwillen kollidierenden Rechtskurses mehrfach gerüffelt.

WITZ DER WOCHE

Das Modehaus Arendt KG hat aus wirtschaftlichen Gründen vier seiner fünf Westberliner Filialen aufgegeben. Westberlins Presse berichtete darüber teilweise in groß aufgemachten Meldungen. Der Satz aus der Arendt-Mitteilung: "Ausdrücklich bemerken wir, daß es so gut wie keine Schwierigkeiten bei dem Warentransport durch das Gebiet der DDR gegeben hat" wurde dabei in allen Zeitungen unterschlagen. Mehrere Blätter druckten hingegen ab, daß sich, laut Arendt-Mitteilung, das Treiben der "Teufel und Dutschke" vor der Filiale Kurfürstendamm (am Kranzler-Eck) "bestimmt nicht verkaufsfördernd" ausgewirkt habe, ausgerechnet diese Filiale aber die einzige bleibt, die Arendt nicht schließt.

ZITAT DER WOCHE

In einem Kommentar zur Aktionskonferenz der Außerparlamentarischen Opposition in Essen am 13. und 14. Januar 1968 (siehe EXTRA-Dienst 5/II) schreibt Wolf Schenke in seiner Hamburger Wochenzeitschrift "Neue Politik": "Wer von den anwesenden Korrespondenten ahnte wohl, daß hier in diesem Städtischen Saalbau in Essen eine 'repräsentative Auswahl' derjenigen saß, auf die es morgen in Deutschland ankommt, weil sie es sein werden, die den Kampf gegen die heraufziehende faschistische Diktatur anführen..."

LINKER KINDERGARTEN: IN WESTBERLIN VOR DER GRÜNDUNG

Eine politisch aktive Frauengruppe hat zur Gründung eines linken Kindergartens in Westberlin aufgerufen, um "schon jetzt Möglichkeiten für eine antiautoritäre Erziehung der Kinder zu schaffen". Die erste Zusammenkunft der Projektgruppe fand am Freitag dieser Woche statt. In einem Aufruf "an alle Frauen" wurde erklärt, daß die Forderung nach einer Politisierung und Selbsttätigkeit der Frau solange illusorisch bleiben müsse, so lange jene Frauen mit Kindern zu Hause sitzen müßten, die ihre Kinder nicht in die Aufbewahrungsanstalten des Establishments geben wollen.

DDR-LYRIKER: HAMBURGER STIPENDIUM AUSGESCHLAGEN

Der in Ostberlin lebende Lyriker Karl Mickel, der auch im westdeutschen Rowohlt-Verlag veröffentlicht hat, lehnte ein "Stipendium für literarische Nachwuchskräfte" im Rahmen des Hamburger Lessing-Preises ab. In einem vom 17. Januar datierten Brief an den Hamburger Senator Kramer teilte Mickel mit, er sei auf Stipendien nicht angewiesen, da er einen "ordentlichen Beruf" ausübe. Weiter heißt es: "Mein Buch, vita nova mea, sobald es mit der Bundesrepublik sich befaßt, drückt entschiedene Ablehnung der dort herr-

schenden Machtgruppen aus: wollen Sie diese Kritik wirklich gefördert wissen?" Mickel erklärt, die Tatsache, daß bei der Entgegennahme des Preises keine Erwiderungsrede vorgesehen sei, in der er seine sozialistische Position darlegen könne, wäre ein weiterer Hinderungsgrund für die Preis-Ablehnung.

SCHÜTZ ANTWORTET NICHT: KEINE DISKUSSION IM BETRIEB

Nachdem der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz seinen mehrfachen Durchfall bei Studentenversammlungen durch den öffentlichen Hinweis zu mildern versuchte, er sei jederzeit bereit, "mit jedem von Ihnen" seine Politik vor Westberliner Arbeitern zu vertreten, schrieb ihm der Vorsitzende des Republikanischen Clubs, Dr. Klaus Meschkat, am 9. Januar 1968 einen entsprechenden Einladungsbrief. Weder Schütz selbst, noch sein Büro haben den Meschkat-Brief bislang beantwortet. Wie aus informierten Kreisen zu hören ist, soll Schütz von seinen Beratern empfohlen worden sein, einer Diskussion mit der Opposition vor Arbeitern auszuweichen, da wegen der allgemeinen Preistreibereien und der zu erwartenden Mieterhöhungen gegenwärtig keine "gute Stimmung" unter den Betriebsbelegschaften herrsche. Nachstehend der Wortlaut des Meschkat-Briefes:

"Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister:

Während der vergangenen Wochen haben Sie zweifach öffentlich (sowohl bei der Diskussionsveranstaltung an der Kirchlichen Hochschule als auch bei der an der Freien Universität) erklärt, daß Sie jederzeit bereit seien und es begrüßen würden, mit Sprechern der Ihnen gegenüber kritisch eingestellten politischen Gruppierungen dieser Stadt vor Arbeitern zu diskutieren und vor allem sich mit den Argumenten der sogenannten "Außerparlamentarischen Opposition" auseinanderzusetzen.

Der Vorstand des Republikanischen Clubs e. V. Berlin, der selbst seit seiner Gründung zu einem Zentrum dieser "Außerparlamentarischen Opposition" geworden ist und der sich "die Beteiligung an der politischen Meinungs- und Willensbildung in der Westberliner Bevölkerung" zur Aufgabe gestellt hat, hat diese Ihre Angebote sehr begrüßt, könnte doch ihre Realisierung zu einer demokratischen Klärung wichtiger Aspekte der inneren und äußeren Situation in dieser Stadt beitragen.

Ich bin sicher, daß Sie Ihre Angebote ebenso ernsthaft gemeint haben, wie wir zu diesem Zwecke hiermit an Sie herantreten möchten.

Wir schlagen Ihnen vor, eine Diskussion zu einem Ihnen genehmen Zeitpunkt - wenn möglich noch in der zweiten Januarhälfte oder im Februar - vor einem Westberliner Großbetrieb bzw. einer Gewerkschaftsvertreter- oder Belegschaftsversammlung durchzuführen. Wir meinen, daß dafür in der Arbeiterschaft großes Interesse besteht, zumal dann, wenn Sie persönlich die Politik des Senats erläutern wollen.

Als Diskussionspartner von unserer Seite wären sachkundige Mitglieder unseres Clubs gern zu einer solchen öffentlichen Auseinandersetzung bereit.

Da Sie Ihr Diskussionsangebot vor studentischen Zuhörern machten, wäre es sicherlich richtig, auch einen oder zwei der führenden Sprecher der studentischen Opposition einzuladen.

Wir würden uns freuen, von Ihnen die Zusage zu erhalten, daß Sie persönlich an der geplanten Diskussion teilnehmen werden. Mit einem Ihrer Mitarbeiter könnten dann die Modalitäten dieser Diskussionsveranstaltung - die Auswahl des Betriebes, die genaue Themenstellung, die Benennung der Personen, die außer Ihnen sprechen werden, sowie die Bestimmung der Diskussionsleitung - vereinbart werden.

Wir hoffen auf eine baldige bestätigende Antwort.

Mit vorzüglicher Hochachtung, Dr. Klaus Meschkat, 1. Vorsitzender"

FALKEN: RECHTER GEGENKANDIDAT FÜR GLEITZE

Bei der Landeskonferenz der Westberliner Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken muß der Landesvorsitzende Alfred (Ala) Gleitze mit einem Gegenkandidaten der Rechten rechnen: Gerhard Bohn, der bisher nur als Jugendheimleiter in Charlottenburg und Funktionär einer Kleingartenkolonie hervorgetreten ist, will Gleitze ablösen. Da Bohn

als "unpolitisch" gilt, besteht allerdings kaum Gefahr für Gleitze: Selbst Vertreter des linken Flügels der "Falken", denen Gleitze "zu weich" erscheint, müssen wieder den bisherigen Vorsitzenden wählen, um einer unpolitischen Führungsspitze zu entgehen.

MAHLER: DIESES VERFAHREN WAR EIN WENDEPUNKT

Am vergangenen Dienstag verkündete das Amtsgericht in Moabit die Urteile - Geldstrafen in Höhe bis zu 300 Mark wegen "Auflaufs" sowie einige Freisprüche - gegen die an den "Africa addio"-Protesten Beteiligten. Staatsanwalt Tanke begründete seine Strafanträge so: 1. Der Polizeipräsident habe die Studenten-Demonstration schon deshalb verbieten müssen, weil die Gefahr bestand, daß sich die Westberliner SED daran beteiligte. 2. Nicht Westberliner Studenten, sondern allein die direkt von der Rassenhetze betroffenen "sogenannten Schwarzen" hätten ein Notwehrrecht geltend machen können. 3. Politische Demonstrationen seien zwar erlaubt, aber sie dürften nicht die "Ruhe und Ordnung des Straßenverkehrs stören". Rechtsanwalt Mahler teilte dem Gericht mit, daß er auf ein Plädoyer verzichten müsse. Seine Begründung:

"Es überrascht nicht, feststellen zu müssen, daß wohl nur wenige - nämlich die rebellierenden Studenten - bewußt erfaßt haben, was andere vielleicht nur dumpf und mit Angst empfinden, daß hier in diesem Verfahren der manipulierte consensus, auf dem die Nachkriegsgesellschaft in Westdeutschland gegründet ist, unwiderruflich durchbrochen wurde, der consensus nämlich, daß man nach der Liquidation der faschistischen Terrormaschine denjenigen, die dieser Maschine, sei es handelnd oder durch Unterlassung, ihre Zustimmung gegeben haben, ihre sozialen Funktionen, die den geschichtlichen Sieg des Faschismus über die soziale Revolution ermöglicht und gesichert haben, belassen kann, ohne damit das überlebende Gemeinwesen von Neuem tödlich zu bedrohen.

Dieser consensus bescherte dem autoritären Beamten die führende Stellung in der Verwaltung und in der Regierung; dem reaktionären Richter die Macht über Freiheit und Unfreiheit der im Untertanenstatus gehaltenen Bürger; dem faschistischen General den Befehl über eine Bürgerkriegsarmee.

Die Perversität dieses consensus konnte nicht deutlicher hervortreten als in diesem Verfahren, in dem ein Richter, der sich durch seine Mitgliedschaft zur NSDAP mit dem faschistischen Rassismus identifiziert hat, darüber befinden soll, ob der demonstrative Protest der Angeklagten gegen einen faschistischen und rassistischen Film als Äußerung eines humanen und staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins rechtens war oder als kriminelle Störung von Ruhe und Ordnung zu betrachten ist.

Hätten die Angeklagten diesen Widerspruch ignoriert und versucht, ihr Verhalten vor diesem Gericht zu verantworten, so hätten sie das Prinzip ihrer Revolution - die Verweigerung der Anpassung an die verrottende spätbürgerliche Gesellschaft - verraten.

Durch die Kollaboration mit den Kollaborateuren hätten sie die Schuld der Vätergeneration zu ihrer eigenen gemacht.

Der höchste in Berlin amtierende Strafrichter hat sich in der Öffentlichkeit mit Leidenschaft dagegen verwahrt, daß die Söhne den Vätern die Vergangenheit vorwerfen. Er hatte unrecht.

Die Angeklagten haben vielfach die Kollaboration mit den herrschenden gesellschaftlichen Kräften verweigert und das Risiko eines Verlustes ihrer bürgerlichen Karriere, ihrer beruflichen Chancen, nicht gescheut. Ein größeres Risiko hätten auch die Väter mit der Verweigerung der Kollaboration nicht einzugehen brauchen.

Das Verhalten der Angeklagten bei der Demonstration und vor diesem Gericht verdient Achtung und Anerkennung. Sie haben die Ordnung gestört; aber nur, um eine inhumane Herrschaft zu sabotieren.

Es wäre feige, wollte der Verteidiger das nicht aussprechen, sondern sich darauf beschränken, mit formalen juristischen Argumenten um Freispruch oder milde Bestrafung zu feilschen.

Ich bin es mir als Bürger und Anwalt schuldig, mich mit der Tat der Angeklagten zu solidarisieren. Es ist mir daher aus den gleichen Gründen, die die Angeklagten bewegen haben, sich diesem Gericht nicht zu verantworten, unmöglich, das Wort zu ihrer Verteidigung zu nehmen."

ANGEKLAGTE: "AUFSTAND GEGEN NAZI-GENERATION"

Während der Urteilsverkündung beim "Africa-addio"-Prozeß in Moabit protestierten Angeklagte und Zuschauer gegen den vorsitzenden Richter Gente, der Mitglied der Nazi-Partei war, mit einem Flugblatt, das wir als Zeitdokument nachstehend im Wortlaut veröffentlichen:

"Organisieren wir den UNGEHORSAM gegen die Nazi-Generation.

Ehemalige Nazi-Richter wollen über uns "Recht" sprechen. Ausgerechnet der Moabiter Amtsrichter Gente - einst Mitglied der Nazipartei - will unsere Kommilitonen "verurteilen", die gegen den faschistischen Rassenhetzerfilm "africa addio" protestiert haben. Aber wir haben noch schlimmeres als diesen Gente: Wir haben sogar einen ehemaligen Nazipropagandisten als Bundeskanzler!

Unsere Geduld muß jetzt ein Ende haben: Machen wir Schluß damit, daß nazistische Rassenhetzer, daß die Juden-Mörder, die Slawen-Killer, die Sozialisten-Schlächter, daß die ganze Nazi-Scheiße von gestern weiterhin ihren Gestank über unsere Generation bringt. Holen wir nach, was 1945 versäumt wurde: Treiben wir die Nazi-Pest zur Stadt hinaus. Machen wir endlich eine richtige Ent-Nazifizierung. Heizen wir ihnen so ein, daß ihnen die fetten Gehälter, Dividenden und Pensionen, die sie für ihre Verbrechen von gestern verschlingen, im Halse stecken bleiben!

Leisten wir Widerstand gegen ehemalige

Nazi-Richter, Nazi-Staatsanwälte, Nazi-Gesetzgeber,

Nazi-Polizisten, Nazi-Beamte, Nazi-Verfassungsschützer,

Nazi-Lehrer, Nazi-Professoren, Nazi-Pfaffen,

Nazi-Journalisten, Nazi-Propagandisten, Nazi-Bundeskanzler,

und nicht zuletzt gegen

Nazi-Kriegsgewinnler, Nazi-Fabrikanten, Nazi-Finanziers.

Verweigern wir uns total den Nazis. Befolgen wir keine ihrer Anweisungen. Sagen wir ihnen, daß wir sie bestenfalls ignorieren können. Damit legen wir den gesamten Apparat dieser miesen Gesellschaft lahm, denn er besteht - bezeichnenderweise! - zu einem lebenswichtigen Teil aus den alten Nazis.

Mobilisieren wir die permanente ANTI-NAZI-KAMPAGNE

Bereiten wir den AUFSTAND gegen die Nazi-Generation vor. "

PERSONALIEN

HERBERT WEHNER, stellvertretender SPD-Parteivorsitzender, hat einen zunehmend verschlechterten Gesundheitszustand zu beklagen. Während der Bezirkskonferenz Mittelrheinder SPD und während der Sondersitzung der Bundestagsfraktion über die Notstandsgesetzgebung wurde er von seiner Stieftochter Grete alle Stunde mit Medizin versorgt und erhielt in gleichmäßigen Abständen Nahrung gereicht: Brot und Apfelstückchen in Stanni-ol. Wehner ist zuckerkrank.

JÜRGEN GUTTENBERGER, bisheriger Jugendsekretär im Landesvorstand der Westberliner SPD, übernimmt das Referat Organisation im Vorstand. Guttenberger, Mattick-Intimus und Hobby-Fotograf (er fotografierte bei Demonstrationen SPD-Mitglieder oder notierte ihre Namen), gilt als SPD-Rechtsaußen. - Nachfolger Guttenbergers wird Peter Weiß aus Wilmersdorf, ebenfalls dem rechten Flügel der SPD zugehörig.

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MONTAG, 29. Januar, 19.30 Uhr, trifft sich im RC der Arbeitskreis "Aktion".

MITTWOCH, 31. Januar, 20 Uhr, spricht der Westberliner Korrespondent des "Observer", Neal Asherson, im Rahmen der Reihe "Europäische Presse" über die englische Presse.

MOCH: AUSZÜGE AUS DER REDE EINES DESIGNIERTEN POLIZEI-CHEFS

Der von der Westberliner SPD zum neuen Westberliner Polizeipräsidenten ausersehene bisherige Vizepräsident Georg Moch (CDU) hielt am 7. Juni 1967, einige Tage nach den Zwischenfällen an der Oper, vor der Landesversammlung des "Arbeitskreises Christlich-Demokratischer Polizeiangehöriger" im Landesverband Westberlin der CDU eine Rede. Die Rede ging damals - wie man nonchalant zu sagen pflegt - "unter". Sie erscheint heute wichtiger denn je, da sich in ihr die Geistesverfassung des designierten Polizeipräsidenten widerspiegelt. Moch spricht sicherlich eine andere Sprache als der "Komißkopf" Duensing; seine Denkweise aber ähnelt der Duensing's. - EXTRA-Dienst dokumentiert den Mittelteil der Moch-Ansprache im Wortlaut.

"Man ist oft geneigt, im Hinblick auf die geistigen Ursachen solcher Demonstrationen Gummiknüppel, Wasserwerfer, Knebelketten und sonstige polizeiliche Hilfsmittel als Argumente anzusehen und zu werten. Das ist, mit Verlaub, vollendeter Blödsinn. Gewiß mag die Ursache der Auseinandersetzung die Tat, das Geschehen, vielleicht auch den polizeilichen Einsatz, färben. Das zu unterscheiden aber heißt, den Polizisten überfordern. Das zu unterscheiden mag allenfalls die Sache der polizeilichen Führung sein. Auf jeden Fall ist es die Sache derer, die den polizeilichen Einsatz fordern, d. h. der politischen Führung, der Führung der Universität. Hierbei muß man sich aber bewußt sein, daß die Polizei gar keine anderen Mittel hat als die der Handgreiflichkeit. Wir können uns doch nicht auch auf die Straße stellen und anfangen, mit Randalierern zu diskutieren und zu argumentieren.

Wir sind weder dazu da, die Aufgaben der Professoren zu übernehmen - dieses Vertrauen ehrt uns -, aber wir haben von der Erziehungs- und Bildungsaufgabe eines Professors eine wesentlich andere, eine höhere Meinung. Wir können auch nicht die Aufgaben übernehmen, die die Eltern der Studenten zu erfüllen hätten. Mit Dankbarkeit erinnere ich mich da der elterlichen, so wunderbar gerechten und erziehungssicheren Schnelljustiz, wenn jugendliche Torheit oder Übermut den rechten Weg oder den rechten Stil verfehlten. Eins allerdings war unabdingbare Voraussetzung: Eltern, Erzieher und Lehrer mußten überzeugen können, sie mußten glaubwürdig sein. Diese Überzeugungskraft der Älteren dürfte jedoch in der Nazizeit und in der Zeit des Wirtschaftswunders manchmal gelitten haben.

Die Kritik der heutigen Jugend braucht also nicht zu überraschen. Sie ist überdies noch lange nicht widerlegt. Die Polizei jedoch ist einzig und allein dazu berufen, mit möglichst geringen und am wenigsten beeinträchtigenden Mitteln Sicherheit und Ordnung zu bewahren und notfalls wieder herzustellen.

Bei dem Rencontre Studenten - Polizei trafen und treffen nicht geistige Gegner bzw. die Repräsentanten zweier geistigen, weltanschaulichen und politischen Haltungen aufeinander; wäre es das, dann stünde tatsächlich Geist gegen Gewalt, Freiheit gegen Unterdrückung, dann wäre der polizeiliche Einsatz von dieser geistigen Grundkonzeption her immer das Versagen, von dem ich sprach, eine Niederlage. So ist es wahrhaftig nicht.

Die Polizei schreitet nicht gegen geistige Kämpfer ein, sondern gegen Störer, Zerstörer, Straftäter. Ihr muß es völlig gleich sein, ob sie bei einem Steinwerfer einen Studenten, einen Arbeiter oder gar einen Polizisten aus ihren eigenen Reihen vor sich hätte. Hier gilt die Gleichheit vor dem Gesetz wie nirgendwo sonst.

Meine Freunde, das Handwerk des Polizisten ist undankbar. Wir haben es oft und immer wieder gespürt. Wir haben es beim politischen Wechsel nach dem ersten Weltkrieg, 1933 bis 1934 und nach dem zweiten Kriege bis zur Existenzgefährdung zu spüren bekommen. Wir bekommen es aber ganz besonders im Alltag der Gegenwart immer wieder zu spüren: die Kritik einer teils mit Animosität und Vorurteil, teils mit echter Besorgnis erfüllten Öffentlichkeit. Früher war es der Steuereintreiber, der Finanzbeamte, der in der Bewertungsskala der Berufe das Schlußlicht war. Heute ist es der Polizist.

Das Steuerzahlen hat zwar nicht an Beliebtheit gewonnen, aber es ist zur theoretischen Arbeit, zur Schreibtischarbeit, geworden. Der einzige und letzte, dessen Amt es ist, mit körperlicher Gewalt nach seinen Mitmenschen zu greifen, ist der Polizist. Jede

Schreibtischtätigkeit ist fast hoffähig geworden. Man akzeptiert sie zumindest. Brachiales Handeln dagegen hat fast den letzten Rest an Zustimmung eingebüßt.

Daran ändert es nichts, daß diese Arbeit Schutz, Sicherheit und Ordnung für alle, Gerechtigkeit und Gesetzmäßigkeit bewirken soll. Das Wort, gesprochen, geschrieben oder gedruckt, gehört zum Alltag von heute, die Tat jedoch nicht.

Menschenwürde, Persönlichkeit, erschöpfen sich heute oft in bloßer körperlicher Integrität. So gerät der Polizist allzu leicht in das Scheinwerferlicht der Kritik, der depriemierenden und verbitternden Kritik. Es ist erschütternd, sagen zu müssen, daß es ein Berliner Gericht allen Ernstes fertiggebracht hat, vom Polizisten zu verlangen, daß er sich im Falle der Notwehr zuerst schlagen lassen müsse, ehe er einen rechtswidrigen Angriff auf sich selber abwehren dürfe. Und ein zweites Urteil bestätigt in einer Tageszeitung, daß sie Polizisten ohne Grund "Rüpel in Uniform" nennen dürfe.

Meine Freunde, ich stelle im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen mit großer Dankbarkeit fest, daß die Bevölkerung Berlins und die Berliner Presse sich alle Mühe geben, korrekt und sachlich zu berichten bzw. zu urteilen. Ganz besonders dankbar bin ich für das Verständnis, das man dabei den Schwierigkeiten solchen polizeilichen Dienstes entgegenbringt, die in der Massenseinsetzung liegen.

Es ist einfach unmöglich, im Tohuwabohu einer erregten Menschenmenge immer den Unschuldigen vom Schuldigen zu trennen. Das muß der Unschuldige nach Möglichkeit selbst tun.

Es ist außerdem einfach unmöglich, vom Polizisten zu verlangen, daß er mit eisalter Ruhe agiert, denn wir sind keine Schläger, sondern Bürger wie jeder andere auch.

Auch bei der Polizei ist die Abneigung gegen Brachialgewalt das Normale, sei sie auf Bequemlichkeit, sei sie auf innerer Überzeugung begründet. Kommt es zum harten Einsatz, muß auch der Polizist erst seinen inneren Menschen umkrepeln, ehe er zuzugreifen oder gar zuzuschlagen vermag. In dieser inneren Verfassung und angesichts der Unübersichtlichkeit der Situation, die eine natürliche Folge des Durcheinanders, der Unordnung, ist, muß auch der unbeabsichtigte Fehlgriff, muß auch das ungewollte Hinausschießen übers Ziel, wenn nicht immer entschuldbar, so doch zumindest verständlich sein.

Es liegt in der Natur der Sache: greift die Polizei nach reiflichen Erwägungen ein, dann hat sie die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, sich durchzusetzen, dann entscheidet nun einmal leider die Gewalt, mit einer Einschränkung allerdings: unentschuldbar ist und bleibt der Rausch des Zusammenschlagens. Der überwundene, nicht mehr störende Störer ist tabu.

Meine Freunde, in den Tagen seit dem Schah-Besuch ist uns neben vereinzelt kritischen Stimmen eine Fülle von zustimmenden, ermunternden und beglückwünschenden Äußerungen zugegangen. Weder Lob noch Tadel sollen uns jedoch in einem unserer wichtigsten Grundsätze beirren: nämlich den Gebrauch polizeilicher Einsatzmittel von etwas anderem als vom pflichtmäßigen Ermessen, wie es das Gesetz vorschreibt, abhängig zu machen."

EXTRA-DOKUMENTATION

WESTBERLIN: INTERNATIONALE VIETNAMKONFERENZ AM 17./18. FEBRUAR

Die vom SDS initiierte Internationale Vietnamkonferenz in Westberlin am 17. und 18. Februar wird von zahlreichen sozialistischen Jugend- und Studentenverbänden Westeuropas unterstützt. Erwartet werden Gäste aus Osteuropa und Lateinamerika sowie aus Asien, EXTRA-Dienst veröffentlicht als Dokumentation den Aufruf des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes zu dieser Konferenz und eine Erklärung zahlreicher Intellektueller zu dieser Veranstaltung.

ERKLÄRUNG ZUR INTERNATIONALEN VIETNAMKONFERENZ IN WESTBERLIN

Vietnam ist das Spanien unserer Generation. Wir dürfen nicht durch Schweigen oder Neutralität gegenüber dem revolutionären Kampf des vietnamesischen Volkes Schuld auf uns laden. Daher begrüßen wir die Initiative der jungen Generation, die dazu beiträgt,

die Weltmeinung gegen die US-amerikanische Intervention in Vietnam und die dadurch verursachte Vernichtung des vietnamesischen Volkes zu mobilisieren. Wir solidarisieren uns mit den Streiks, die ein Ende dieser Intervention fördern und mit all denen, die amerikanische Bürger, welche ihren Militärdienst verweigern oder aus ihm desertieren, unterstützen.

Wir begrüßen deshalb auch diese vom SDS einberufene Konferenz junger sozialistischer Gruppen aus den verschiedenen Ländern Europas zur Unterstützung des Kampfes gegen die amerikanische Intervention in Vietnam und die Quisling-Regierung in Saigon und setzen uns für das Recht des vietnamesischen Volkes ein, seine Zukunft selbst zu bestimmen.

Dr. Johannes Agnoli, Ingeborg Bachmann, Reinhard Baumgart, Prof. Ernst Bloch, Nicolas Born, Dr. Margherita von Brentano, Hans-Christoph Buch, Prof. Noam Chomsky, Franz Josef Degenhardt, F.C. Delius, Hans Magnus Enzensberger, Ute Erb, Jacomo Feltrinelli, Hubert Fichte, Prof. Ossip K. Flechtheim, Prof. Helmut Gollwitzer, Prof. Wilfried Gottschalch, Rolf Haufs, Hans Werner Henze, Günter Herburger, Dr. Reinhard Lettau, Prof. Herbert Marcuse, Francois Maspéro, Dr. Klaus Meschkat, Prof. Mollenhauer, Prof. Wolfgang Müller, Maurice Nadeau, Nikolaus Neumann, Herrmann Piewitt, Dr. F.J. Raddatz, Stefan Reisner, Georges Reymond, Hans Werner Richter, Jean Paul Sartre, Peter Schneider, Laurent Schwarz, Prof. Jacob Taubes, Bernward Vesper-Triangel, Dr. Klaus Wagenbach, Gunilla Weiss, Peter Weiss, Peter Paul Zahl.

Die Unterzeichnenden bitten um weitere Unterschriften und um finanzielle Unterstützung der Konferenz:

Postscheckkonto Jürgen Werth, 1 Berlin 30, Nassauische Str. 7, Nr. 2050 48, Postscheckamt Berlin-West, Stichwort "Vietnamkonferenz",
Bankkonto Gerhart Rott, Berliner Disconto Bank 526/3009, Sonderkonto Vietnamkonferenz.

Schriftliche Anfragen bitten wir zu richten an Gerhart Rott, 1 Berlin 30, Keithstr. 36-38.
Telefonische Anfragen täglich von 15-17 Uhr unter der Nummer 883 31 74

AUFRUF ZUR INTERNATIONALEN VIETNAMKONFERENZ IN WESTBERLIN

Der Kampf des vietnamesischen Volkes ist grundlegend für die internationale Arbeiterbewegung. Eine entscheidende Konfrontation findet zwischen der internationalen Revolution und Gegenrevolution statt.

Verzweifelt versucht der Imperialismus zu beweisen, daß er in der Lage ist, jede revolutionäre Bewegung zu vernichten. Unterstützt wird er hierbei von seinen eigenen Internationalen Organisationen, wie z. B. der aggressiven NATO.

Der Sieg des vietnamesischen Volkes wäre ein epochaler Beweis für die Unüberwindbarkeit des revolutionären Volkskrieges und des Sozialismus in der ganzen Welt. Die Aufgabe eines jeden Revolutionärs ist es, nicht um einen Kompromißfrieden mit dem Imperialismus auf Kosten der vietnamesischen Revolution zu bitten, sondern auf der Grundlage des FNL-Programms mit aller Kraft für den Sieg der vietnamesischen Revolution zu arbeiten. Der Imperialismus zielt darauf ab, mit seinen Aggressionen in Vietnam, Lateinamerika, Griechenland, usw. die internationale Konstellation der Kräfte zu seinen Gunsten zu verändern. Er versucht, der Entwicklung der Weltrevolution ein Ende zu machen und die Errungenschaften der Arbeiterbewegung in Gefahr zu bringen. Die Aufgabe der revolutionären Jugendbewegung in der ganzen Welt ist es, den Imperialismus in seinen jeweils verschiedenen Erscheinungsformen, so auch den westdeutschen Imperialismus, an jedem Ort und mit allen Mitteln anzugreifen, um die internationale Konterrevolution zu schwächen. Kriterium dieses Kampfes muß das jeweils spezifische Bewußtsein der Massen in den verschiedenen Ländern sein! Die amerikanische Aggression gegen Vietnam betrifft direkt die europäische Arbeiterklasse in ihrem Kampf für den Sozialismus. Deshalb darf Westeuropa nicht eine ruhige Zone für den Imperialismus werden, sondern muß von einem entschlossenen antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampf bestimmt werden. Die europäische Arbeiterbewegung und die sozialistische Ar-

beiterbewegung und die sozialistische Avantgarde der Jugend haben heute entscheidende Aufgaben, die eine internationale Bedeutung tragen.

Die aktuellen Ziele des Kampfes sind:

der Kampf gegen das atlantische Bündnis und die NATO;

die Intensivierung des Klassenkampfes, der sich vor allen Formen der Integration der Arbeiterbewegung hüten und sich das Problem der Eroberung der Macht stellen muß;

die Bekämpfung der sozialdemokratischen Ideologie, die dem Imperialismus in die Hände arbeitet und die Arbeiterbewegung gleichzuschalten beabsichtigt.

Alle Organisationen, die sich entschlossen haben, gegen den Imperialismus zu kämpfen, müssen eine Einheitsfront aufbauen, um den endgültigen Sieg der vietnamesischen Revolution zu erreichen, müssen jeder sektiererischen Politik, die in letzter Konsequenz dem Imperialismus hilft, entschieden entgegenzutreten.

Deshalb hat sich der Sozialistische Deutsche Studentenbund entschlossen, am 17./18. Februar 1968 in Westberlin ein internationales Treffen und eine Demonstration zu organisieren. Er ruft alle Jugendorganisationen, die bereit sind, gegen den US-Imperialismus zu kämpfen, auf, an dem Treffen und an der Demonstration teilzunehmen.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund

EXTRA-REPORT

USA: KRIEG MIT GAS UND BAKTERIEN (I)

EXTRA-Dienst beginnt heute mit einem mehrteiligen dokumentarischen Report über die Anwendung von chemischen und bakteriologischen Kampfmitteln durch die USA in Vietnam. Die Darstellung stützt sich auf westliche Quellen und eigene Recherchen. Wo eine östliche Quelle verwendet wurde, wird dies ausdrücklich erklärt. Grundlage des Reports ist eine Broschüre der "Centrale Sanitaire Suisse" (CH 8001 Zürich, Postfach Fraumünster), in der die Ärzte J.P. Guignard (Lausanne), M. Mühlethaler und M. Oltramare (beide aus Genf) sowie A. Forel (Nyon) zu Wort kommen. Verwendet wurden ferner amerikanische und britische Zeitungen. Was die westdeutsche industrielle Beteiligung am Chemie-Krieg der USA angeht, so wurde sie von zwei Mitarbeitern in der Bundesrepublik recherchiert. Die abgedruckten Passagen des Internationalen Rechts zum Chemie- und Bakterienkrieg können in der "Amerika-Gedenk-Bibliothek" in Westberlin und in den Universitätsbibliotheken der Bundesrepublik und Westberlins eingesehen werden. EXTRA-Dienst betrachtet seinen Report als Beitrag zur Internationalen Vietnam-Konferenz in Westberlin am 17. und 18. Februar 1968.

ANWENDUNG SEIT 1961

Der Beginn des chemischen Krieges in Vietnam geht ins Jahr 1961 zurück. Am 27. 11. 61 berichtet die amerikanische Zeitung "Newsweek", daß "amerikanische Spezialisten in Südvietnam den vietnamesischen Fliegern die Methode beibrächten, welche die Reisfelder gelb werden läßt und die Ernten sofort vernichtet". Laut "New York Times" (22. 1. 62) "bestreuen amerikanische Flugzeuge den Urwald mit chemischen Produkten längs der Straße, die von Saigon nach Cap S. Jacques führt". "Life" (9. 4. 62) und "La Tribune des Nations" (9. 3. und 4. 5. 62) bestätigen diese Aussagen, indem sie näher erläutern, daß es sich bei diesen Chemikalien um das 2-4 D und 2-4-5 T handelt. Diese Pflanzenvernichtungsmittel entblättern und zerstören nicht nur die Kulturen, sondern rufen auch sehr ernsthafte Störungen bei Mensch und Tier hervor. Nach der Meinung des amerikanischen Biologen Edsall von der Harvard University (Brief an den Generalmajor Michael Davison, 1. 3. 66, im Viet Report, Juni 1966) sind die Wirkungen dieser Produkte bei Kindern, alten Leuten und Kranken viel stärker.

Anfangs 1963 enthüllte das Rote Kreuz der Befreiungsfront von Südvietnam, daß in der Tat noch viel gefährlichere chemische Substanzen ausgestreut worden sind, wie das Dinitro-Orthokresol und das Kalziumzyanamid. Gleichzeitig erklärt der damalige Außenminister von Kambodscha, Huot Sambath, daß zwischen dem 13. Juni und dem 23. Juli 1964 sechs kambodschanische Dörfer in der Nähe der Grenze mit Entblätterungsgiften

übergossen worden und daß 71 Personen, zur Mehrheit Kinder, daran gestorben sind. Seit 1964 bereitet sich die amerikanische Armee vor, die Kampfgase, welche sie der südvietnamesischen Armee seit Beginn gleichen Jahres zur Verfügung stellt, in Südvietsnam anzuwenden. (Reuter, 22. 3. 65). Seit Ende 1964 werden in Südvietsnam Kampfgase vom CM und DM verwendet (am 23. 12. 64 in Ca Mau und am 15. 12. 64 in Tay Minh). Im Januar 1965 werden sie zusammen mit Sprengbomben und Napalmbomben gegen die Bevölkerung des Dorfes Phu Lac eingesetzt. Die Anwendung von Kampfgasen in Südvietsnam entfesselt eine Welle der Entrüstung in der ganzen Welt. Washington verspricht daraufhin, die Anwendung von Giftgasen zu verbieten, aber das Verbot ist von kurzer Dauer. In der Tat entleert ein Bataillon der Marine, welches unter dem Kommando von Oberstleutnant Leon Utter steht, während eines Angriffs auf das Dorf Vinh Quang (Provinz Binh Dinh) am 5. 9. 65 48 Container mit Giftgas gegen die Bevölkerung, die in Luftschutzgräben Zuflucht sucht, und verursacht derart 35 Tote und 19 Verwundete (26 Frauen und 28 Kinder).

Das Pentagon, das zunächst die Verantwortung für den Vorfall Leon Utter in die Schuhe schob, einem jungen Offizier, der von sich aus gehandelt haben soll, ändert Ende September 1965 seine Haltung und erteilt kaltblütig General Westmoreland die Vollmacht für die Anwendung von Kampfgasen in Südvietsnam ("New Herald Tribune", 27. 9. 65).

Seit diesem Tag gehören die Kampfgase laut "New York Times" zur normalen Ausrüstung der Marines. Sonderabteilungen sind mit Zerstäubungsapparaten versehen, die die Marines benutzen, um die Partisanen "auszuräuchern", welche sich in den unterirdischen Gängen verschanzen (Mitteilung der amerikanischen Agentur UPI, aus "Le Monde" vom 2. 10. 65). Diese Abteilungen sind auch mit Giftgasgranaten ausgestattet, deren sich die Offiziere der US vom Unterleutnant an frei bedienen dürfen (AFP 8. 10. 65), derart, daß das Pentagon gegenwärtig nicht mehr weiß, wann und weshalb Gase angewendet wurden ("Science", 20. 1. 67).

Allmählich deckt die Weltpresse neue Fälle auf, in denen Giftgase verwendet wurden, beschreibt deren Wirkungen auf den Menschen und macht genauere Angaben in Bezug auf die Beschaffenheit der benutzten Gase. Die UPI (23. 3. 65) teilt mit, daß die amerikanischen Truppen in Südvietsnam CN, DM und CS erhalten und aufspeichern. Die "New York Times" (10. 11. 66) enthüllt den Gebrauch von Gasen des Typs BZ. "Chemical Week" (26. 3. 66) spricht von Bomben mit gefärbten Gasen und von kristallisierten Giftprodukten, die in den Tunnels abgelagert werden, um diese unbewohnbar zu machen. Reuter (12. 1. 66) berichtet, daß im Verlauf der "Zangenoperation", die von den Amerikanern, Australiern und Neuseeländern gestartet worden war, 35 Kilometer westlich von Saigon der australische 24jährige Korporal Robert Bowtell, der mit aufgesetzter Gasmasken in einen Tunnel vordrang, in dem ein angeblich ungiftiges "Tränengas" vom Typ CN hineingeblasen worden war, den Erstickungstod fand, während zwei weitere Soldaten, die ihm zu Hilfe eilten, in Ohnmacht fielen.

Die "New York Herald Tribune" (10. 5. 66) erzählt von einer Operation am 9. 5. 66 in der Zone C in der Nähe der kambodschanischen Grenze, in deren Verlauf "gaserzeugendes" Pulver in Behältern durch die Hintertüre von Transportflugzeugen des Typs "Caribu" ausgestreut worden ist. Die Zeitung berichtet näher, daß bei dieser Gelegenheit eine der stärksten Gasdosen über das feindliche Gebiet verbreitet worden sei. Die "New York Times" (9. 9. 66) weist darauf hin, daß neue Flugzeuge vom Typ C-123 für die Verstärkung des chemischen Krieges in Südvietsnam bestimmt sind. Das "World Trade Journal" (5. 1. 66) führt ferner aus: "Die meisten Landwohnsitze verfügen über unterirdische Zufluchtstätten, die bei Wirbelstürmen und in Kriegen als Schutzorte dienen. Heute werfen die amerikanischen Truppen beim Eindringen in die südvietnamesischen Dörfer gewöhnlich Gasgranaten in die Schutzorte."

VERTEIDIGUNG DES VERBRECHENS

Seit Dezember 1964 verwendeten die US-Truppen in Südvietsnam immer wirksamere Giftgase. In den amerikanischen Arsenalen häufen sich giftige Chemikalien, einsatzbereit für die Verwendung. Die Erklärungen der amerikanischen Verantwortlichen sind unheilvoller und lassen neue Eskalationsschritte im Gaskrieg voraussehen. Nachfolgend einige dieser Erklärungen:

Dean Rusk: "Die in Südvietnam angewandten Gase gehören zum konventionellen Waffentypus; es wird beschränkt davon und nicht regelmäßig Gebrauch gemacht" (Pressekonferenz vom 24. 3. 65).

US-Verteidigungs-Staatssekretär Cyrus Vance antwortet während einer Pressekonferenz auf die Frage "Wenden die Vereinigten Staaten in Vietnam Arsenik und Zyanverbindungen an?": "Wir machen davon in Südvietnam beschränkt Gebrauch, jedoch nicht im Norden des Landes" (Daily Pennsylvanian, 1. 11. 65).

Die Stellungnahme des Verteidigungsdepartements im Buch der Armee "Army Field Manual F M 27-10" vom Juli 1956, VIII, Seite 236 zusammengefaßt: "Die Vereinigten Staaten stimmen gegenwärtig keinem gültigen Vertrag bei, welcher im Falle eines Konflikts die Anwendung von giftigen oder ungiftigen Gasen, von Zünd- oder nebelerzeugendem Material oder auch biologischen Waffen verbietet oder einschränkt."

Zuletzt ein Ausschnitt aus dem Buch des Generalbrigadiers H. J. Rothschild, "Tomorrow's Weapons" (1964), das eine regelrechte Verteidigungsrede für den militärischen Gebrauch von Gasen und biologischen Waffen ist. Dieser amerikanische General hat das Kommando über alle Dienstzweige der Armee der Vereinigten Staaten für die chemische und bakteriologische Kriegsführung innegehabt. Er war Professor für Chemie an der Militärschule von West-Point. Rothschild faßt die Vorteile dieser verbotenen Waffen folgendermaßen zusammen: "Die Wirkung der Giftgase erstreckt sich auf sehr weite Gebiete. Die chemischen Stoffe können während eines einzigen Angriffs Dutzende von Quadratkilometern treffen, die bakteriologischen Agentien können sogar Hunderttausende von Quadratkilometern verseuchen... Es sind Suchwaffen. Werden sie vom Wind fortgetragen, so dringen sie in Wohnhäuser, Schutzstätten und andere Festungswerke ein und treffen deren Insassen. Sie sind auch wirksam gegen Truppen, die weit über ein offenes Gelände zerstreut sind... Es ist sehr schwierig, sich dagegen zu verteidigen. Wenn der Angriff in ausreichend großer Entfernung, jedoch in Windrichtung des Zeitpunktes ausgelöst wird, wenn das verwendete Produkt geruch- oder farblos ist, wenn die ersten Symptome erst dann auftreten, wenn die 'wirksame' Dosis vom Körper bereits absorbiert worden ist, hat der Betroffene nur wenig Aussichten, seinen Schutzanzug rechtzeitig anzulegen... Sie sichern einen hohen Ertrag betroffener Personen, an die 30 Prozent und mehr... Wenn ein Waffentyp alle diese Vorteile hat, ist es offensichtlich, daß man mit ihm rechnen muß". (wird fortgesetzt)

=====

BÜCHERSTUBE IM REPUBLIKANISCHEN CLUB

Die Bücherstube im Republikanischen Club beschafft Ihnen jedes lieferbare Buch. Kreuzen Sie Titel aus unserem Büchertip an und senden ihn ein. Besuchen Sie uns. Oder rufen Sie uns an (täglich außer Dienstag zwischen 18 und 22 Uhr). Bestellungen werden binnen weniger Tage ausgeführt - auch bei Titeln aus der DDR.

UNSER BÜCHERTIP FÜR DIESE WOCHE:

- () Der ganze Brecht in 20 Bänden - bis 5. Februar noch zum Subskriptionspreis, Frankfurt/Main, DM 96.00 (ab 5. 2. : DM 120.00)
- () Oktoberland, russische Lyrik der Revolution, Berlin/DDR, DM 49.00
- () Panzerkreuzer Potemkin, Szenarium zum Film, Berlin/DDR, DM 3.00

Neu erschienen:

- () Hans Magnus Enzensberger: Verfassungsfeindliche Umtriebe, Voltaire-Flugschrift, Westberlin, DM 4.00
- () Fidel Castro: Über Che Guevara, Voltaire-Flugschrift, Westberlin, DM 3.00
- () Ossip K. Flechtheim: Westdeutschland am Wendepunkt, Westberlin, DM 6.00

Unsere Adresse: Bücherstube im Republikanischen Club, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 883 40 76

=====